

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d

Inhalt

Rudolf Scharping, SPD-Spitzenkandidat für die rheinland-pfälzischen Landtagswahlen, kommentiert den Ausgang der Hessen-Wahlen: Wir müssen uns doppelt anstrengen.

Seite 1

Klaus Kirschner MdB weist auf die Folgen der Bonner Regierungserklärung für die ältere Generation hin: Pflegebedürftige müssen weiter warten.

Seite 3

Günther Heyenn MdB verlangt von der Bundesregierung klare Antworten auf offene Fragen der Rentenpolitik: Einen Konsens zum Nulltarif darf es nicht geben.

Seite 5

Dokumentation
Die Katholische Landjugendbewegung hat ein Positionspapier zur Volkszählung verabschiedet. Wir dokumentieren den Beschluß im Wortlaut.

Seite 6

42. Jahrgang / 66

6. April 1987

Wir müssen uns doppelt anstrengen

Das hessische Wahlergebnis und der Wahlkampf in Rheinland-Pfalz

Von Rudolf Scharping MdL
Landes- und Fraktionsvorsitzender der SPD in Rheinland-Pfalz
und Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten

Wir werden uns gemeinsam noch weit mehr anstrengen müssen, damit die SPD wieder Schritt faßt und wieder vorankommt. Das habe ich noch heute in einem Brief an die 72.000 Mitglieder in Rheinland-Pfalz geschrieben.

Das Wahlergebnis in Hessen ist für uns ein harter Schlag. Es ist fraglos auch die Quittung für den Verschleiß nach über 40 Regierungsjahren, aber auch für viele Unklarheiten und noch nicht überwundenen Schwächen nach der Bundestagswahl. Aber jeder Schock kann heilsame Wirkungen haben:

Wer über Koalitionen mit den Grünen daherredet, ermöglicht CDU, FDP und Grünen das Ablenken von den politischen Sachfragen! Das beschädigt die Chancen der SPD. Wir wollen keine Koalition, sondern die harte Debatte in der Sache. Auch und gerade mit den „Grünen“, die in Hessen durch ihr Verhalten Wallmann und seine schwarz-gelbe Koalition in die Regierungsverantwortung gebracht haben.

In der rheinland-pfälzischen Auseinandersetzung mit CDU, FDP und Grünen stehen, wie ich schon auf dem letzten Landesparteitag sagte, gewichtige Sachargumente: Es geht beispielsweise darum, ob die Senkung der Spitzensteuern für

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit. zuzügl. MwSt und Versand.

Verbinden Sie sich
mit dem Sozialdemokratischen
Pressedienst



Großverdiener durch die Streichung des Freibetrages für Arbeitnehmer und eine erhöhte Mehrwertsteuer von allen bezahlt werden soll. Herr Dr. Vogel wollte dagegen stimmen. Er hat sein Wort gebrochen. Wir sind für eine gerechte Steuerreform, die Arbeitnehmern und ihren Familien, Handwerk und Mittelstand wirklich hilft. Es geht darum, ob eine verbrauchte Landes-CDU im Amt bleiben soll, geschminkt von einer FDP, die die Reste ihrer liberalen Substanz aufgegeben hat, eine CDU, die sich in unserem Land mittlerweile mit dem Staat verwechselt.

Wir wollen Arbeit gerechter verteilen und die Arbeitslosigkeit wirksam bekämpfen: Wer hart arbeitet, soll anständig davon leben können. Das gilt auch für Handwerker, Landwirte und Winzer.

Wir wollen gleiche Chancen und Rechte für alle; deshalb ringen wir um bessere Bildungschancen, gute Ausbildung und Lernmittelfreiheit.

Die soziale Gerechtigkeit darf nicht weiter beschädigt werden. Niemand hat vergessen, daß für die älteren Frauen angeblich kein Geld da war, wohl aber 750 Millionen DM für die vorzeitige Pensionierung junger Offiziere.

Wir wollen wirksamen Umweltschutz, der Arbeitsplätze schafft! Bloß radikal reden und lauthals protestieren bringt nichts.

Wir Sozialdemokraten wollen eine friedliche Entwicklung für unser Land, nicht wachsende militärische Lasten und eine selbstbewußte Vertretung der Interessen unserer Bürger gegenüber den Stationierungsstreitkräften.

Dies alles ist nur mit einer noch stärkeren SPD im rheinland-pfälzischen Landtag zu schaffen. In den nächsten sechs Wochen werden wir dies in aller Klarheit sagen. Und wir werden dabei die Grünen nicht aus ihrer Verantwortung für die Stärkung des rechtskonservativen Lagers entlassen.

(-/6.4.1987/st/ks)

* * *

Pflegebedürftige müssen weiter warten

Was hat die ältere Generation von dieser Regierung zu erwarten?

Von Klaus Kirschner MdB

Die am 25. Januar 1987 bei der Bundestagswahl bestätigte Rechts-Koalition hat nach Abschluß der Koalitionsverhandlungen inzwischen die Regierung neu gebildet und mit der Regierungserklärung von Bundeskanzler Kohl ihr Programm für die nächsten vier Jahre vorgestellt. Bevor jetzt hier untersucht werden soll, was insbesondere die ältere Generation in der neuen Legislaturperiode zu erwarten hat, sei ein kurzer Rückblick auf die letzten vier Jahre erlaubt. Was hat die Regierung Kohl / Bangemann bisher für Rentner und ältere Menschen geleistet? Hat sie zum Beispiel die Lage der Rentner, der Kriegsoffer oder Pflegebedürftigen verbessert?

Mitnichten. So ist zum Beispiel das Nettorentenniveau (Verhältnis der nach 40jähriger Versicherungszeit bei durchschnittlichem Einkommen ausbezahlten Rente zum durchschnittlichen Nettoarbeitsentgelt der Versicherten, nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrags der Rentner) seit 1982 von 64,6 auf 63,6 Prozent gesunken. Das Bruttorentenniveau ist nach Abzug des Krankenversicherungsbeitrags der Rentner inzwischen sogar auf 37,8 Prozent gefallen. Dazu kommt noch, daß der 1983 eingeführte und stufenweise bis auf 5,9 Prozent (zum 1. Juli 1987) erhöhte Krankenversicherungsbeitrag der Rentner möglicherweise bald weiter erhöht wird. Bei der Neuordnung der Hinterbliebenenversorgung sind Millionen Frauen durch die Einführung der Anrechnung eigenen Einkommens schlechter gestellt worden und schließlich hat der Ausschluß der sogenannten Trümmerfrauen von der Anrechnung der Kindererziehungszeiten zu einem öffentlichen Proteststurm geführt. Die jetzt geplante stufenweise Einbeziehung der Jahrgänge vor 1921 ist zynisch, da viele Frauen bereits gestorben sein werden, bevor sie in den Genuß dieser Regelung kommen.

Die immer wieder von dieser Bundesregierung versprochenen strukturellen Verbesserungen bei der Kriegsofferversorgung sind ebenso unterblieben wie die Verbesserung der Situation der Pflegebedürftigen.

Wie sieht nun die Zukunft der „Älteren“ nach Koalitionsvereinbarungen und Regierungserklärung aus? Wie können die Renten aufgrund der Bevölkerungs- und wirtschaftlichen Entwicklung langfristig gesichert werden?



Die Koalitionsparteien haben darauf verzichtet, Eckpunkte einer notwendigen Strukturreform der Rentenversicherung vorzulegen (von der SPD-Bundestagsfraktion liegt seit 1985 ein eigener Gesetzesentwurf vor, der von den Koalitionsparteien im Bundestag aber abgelehnt worden ist). Sie hat Arbeitsminister Blüm lediglich beauftragt, bis Anfang 1988 einen Gesetzesentwurf vorzulegen. Die jetzigen Abmachungen lassen nur erkennen, daß sich unter anderem die Renten künftig wie die verfügbaren Arbeitnehmerinkommen entwickeln sollen und daß eine Verlängerung der tatsächlichen Lebensarbeitszeit (das heißt höheres Renteneintrittsalter) ins Auge gefaßt wird.

Bei der Koalitionsvereinbarung zur Kriegsopferversorgung ist zwar die Rede davon, daß das „Leistungssystem der Kriegsopferversorgung durch strukturelle Verbesserungen weiterzuentwickeln ist, um ein sozial ausgewogenes Versorgungsniveau zu erreichen“. Bei dem jetzt vom Kabinett verabschiedeten 16. Anpassungsgesetz zur Kriegsopferversorgung fehlen jedoch jegliche strukturelle Verbesserungen in der Kriegsopferversorgung (KOV). Auch für die Zukunft ist hier trotz aller Lippenbekenntnisse und trotz größerer finanzieller Spielräume (durch Rückgang der Zahl der Kriegsoffer) nicht viel zu erwarten.

Zur Besserstellung der Pflegebedürftigen heißt es im Koalitionsvertrag: „Die Koalitionsparteien streben eine soziale Absicherung bei Pflegebedürftigkeit an“. Dazu soll eine Arbeitsgruppe der Koalitionsparteien eingesetzt werden. Dies kann im Klartext nur heißen, daß der bereits von der Bundesregierung in der letzten Wahlperiode vorgelegte und völlig unzureichende Gesetzesentwurf wieder zurückgezogen wird. Die Pflegebedürftigen werden also weiter auf eine Verbesserung ihrer Situation warten müssen.

Sehr „konkret“ für die ältere Generation wird es jedoch werden, wenn die Koalition ihre unsozialen Steuerpläne umsetzt. Wenn nämlich zur Finanzierung der Steuerentlastung für die „Betuchten“ (Senkung des Spitzensteuersatzes von 56 auf 53 Prozent) die große Masse über die Erhöhung von Verbrauchssteuern und eventuell der Mehrwertsteuer herangezogen wird. Das heißt, daß die Rentner über höhere Tabak- und Branntweinsteuern die Steuersenkung von Unternehmern und Ministern finanzieren sollen.

Fazit:

Insgesamt haben die Koalitionäre in ihren Vereinbarungen und Kohl in seiner Regierungserklärung vieles offengelassen. Die wirklichen Pläne und ihre unsozialen Folgen werden vermutlich erst nach den Landtagswahlen dieses Jahres auf den Tisch gelegt.

(-/6.4.1987/st/ks)

* * *



Einen Konsens zum Nulltarif darf es nicht geben

Zur Gemeinsamkeit in der Rentenreform fehlen bisher klare Antworten der Bundesregierung

Von Günther Heyenn MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion

Mit Genugtuung war festzustellen, daß der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, Wolfgang Vogt, sich für eine gleichgewichtige Erhöhung von Renten und Nettoeinkünften unter Beibehaltung des erreichten Nettoniveaus, für die Erhöhung des Bundeszuschusses ohne Refinanzierung durch die Beitragszahler oder Sozialabbau an anderer Stelle und für eine Neuregelung bei Renten unterhalb des Sozialhilfesatzes ausspricht.

Zum letzten Punkt muß jedoch die Haltung der Regierung verdeutlicht werden. Wenn diese Aussage nämlich beinhaltet, bei zu niedrigen Renten künftig Rente plus Sozialhilfe in pauschalierter Form durch den Rentenversicherungsträger zahlen zu lassen, wäre für eine gemeinsame Lösung zumindest über den Einstieg in die Grundsicherung eine Diskussionsgrundlage geschaffen.

Es ist bemerkenswert, daß die Bundesregierung offenbar unserer Forderung, einen interfraktionellen Gesetzentwurf vorzulegen, offen gegenübersteht. Es wäre in der Tat für ein gemeinsames Vorgehen von herausragender Bedeutung, wenn nach Vorlage der Vorschläge des Bundesarbeitsministers und der SPD-Fraktion aus intensiver Beratung ein entsprechender Entwurf geboren werden könnte.

Es bleibt allerdings ein Widerspruch in sich, wenn der Parlamentarische Staatssekretär Wolfgang Vogt Frau Fuchs das Einrennen offener Türen attestiert, gleichzeitig aber zu folgenden Fragen keine Antwort zur Haltung der Bundesregierung abgibt:

- Schrittweise Wiederherstellung voller Rentenversicherungsbeiträge der Bundesanstalt für Arbeit,
- Absage an kurz- oder mittelfristige Erhöhung der Altersgrenzen in der Rentenversicherung,
- Einstieg in die Harmonisierung der Alterssicherungssysteme,
- Ausbau der Rente nach Mindesteinkommen,
- Klärung der Frage, welche Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts über die Besteuerung der Alterseinkünfte zu ziehen sind.

Hierzu sind klare Antworten der Bundesregierung nötig.

In den Äußerungen von Anke Fuchs ist schon darauf hingewiesen worden, daß wir Sozialdemokraten ungeachtet einer möglichen Einigung den Wertschöpfungsbeitrag weiter verfolgen werden.

Einen Konsens zum Nulltarif in der Rentenproblematik kann es in der Tat nicht geben. Probleme wie zum Beispiel die teilweise Wiederherstellung der ursprünglichen Regelungen bei den Anspruchsvoraussetzungen für Renten wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit und die Abschaffung der geringfügigkeitsgrenze bleiben für uns von besonderer Bedeutung. (./6.4.1987/st/ks)

* * *



DOKUMENTATION

Volkzählung: Ein Weg in den Überwachungsstaat?

Die Katholische Landjugendbewegung (KLJB) hat auf der Sitzung ihres Bundesausschusses im März ein Positionspapier zur Frage der Volkzählung verabschiedet. Wir dokumentieren den Beschluß im Wortlaut:

Am 25. Mai 1987 startet die Bundesregierung einen erneuten Versuch der umfassendsten statistischen Erhebung seit Gründung der Bundesrepublik Deutschlands. Ein erster Versuch war bereits 1983 am breiten Widerstand der Bevölkerung sowie an den rechtlichen Bedenken des Bundesverfassungsgerichtes gescheitert. Auch heute, nachdem einige Passagen des Volkzählungsgesetzes modifiziert worden sind, sind massive Bedenken und Ängste in weiten Teilen der Bevölkerung vorhanden. Dieser starken Verunsicherung versucht die Bundesregierung durch eine Werbekampagne in Millionenhöhe zu begegnen.

Allein die Tatsache, daß momentan mit allen Mitteln versucht wird, Zähler für die Volkzählung zwangszuverlässigen beziehungsweise anzuwerben, belegt die geringe Akzeptanz in großen Teilen der Bevölkerung. Durch einen unverhältnismäßig hohen personellen und materiellen Aufwand versucht die Bundesregierung, ein erneutes Scheitern der Volkzählung zu verhindern. Gleichzeitig versucht man bereits im Vorfeld dieser Erhebung mit der Androhung drastischer Strafen die Bevölkerung einzuschüchtern. Viele der Bedenken der Erhebung von 1983 scheinen heute oberflächlich ausgeräumt. Doch bereits die Durchführungsbestimmungen und erst recht die Vorbereitungsmaßnahmen zeigen, daß ein wirksamer Datenschutz heute noch nicht gewährleistet scheint.

Auch wir als Bundesverband der Katholischen Landjugendbewegung Deutschlands haben grundsätzliche Bedenken gegen Form und Sinn dieser Erhebung. Diese Bedenken sind in folgenden Punkten begründet:

- Entgegen den Behauptungen der Befürworter dieser Volkzählung hat sich bereits jetzt herausgestellt, daß ein individueller Datenschutz nicht gewährleistet ist. So hat zum Beispiel Professor Brunnstein (Hamburg) nachgewiesen, daß eine Reidentifizierung schon allein aufgrund weniger Einzeldaten möglich ist.
- In der Befürchtung, daß spätere Gesetze den Zugriff auf die Volkzählungsdaten durch Informationsdienste, Polizei und Verwaltungsbehörden legalisieren, wie es seit dem 1. Januar 1987 bei der Flensburger Kartei möglich ist. Auch diese Datenbank wurde ursprünglich nur für verkehrstechnische Belange eingerichtet.
- Es besteht die Gefahr, daß die Volkzählungsdaten für den Ausbau unseres Überwachungsstaates im Zusammenhang mit maschinenlesbaren Ausweisen, der Erfassung bestimmter ethnischer Gruppen, der Schleppnetz- und Rasterfahndung sowie der Optimierung von sozialen Abbaumaßnahmen benutzt werden könnten.
- Die Kenntnis der durch die Volkzählung abgefragten Daten garantiert nicht eine richtige Schlussfolgerung, sondern dient teilweise nur der Rechtfertigung gewisser Entscheidungen. Aufgrund früherer Erhebungen wurde zum Beispiel für die 80er Jahre ein stark anwachsender Energieverbrauch vorhergesagt. Tatsächlich stagniert aber heute der Energieverbrauch trotz Wirtschaftswachstum.

Als Verband, der sich gegen eine totale Erfassung und Verplanung der Bürger einsetzt, halten wir diese Erhebung mit Zwangscharakter für vollkommen ungeeignet. Darüber hinaus gibt es für eine derartige Totalerfassung weder ausreichend legitimierte Gründe, noch ausreichende Sicherheitsbestimmungen. Wir richten daher den eindringlichen Appell an die Bundesregierung, von dieser totalen Zwangserfassung der Bürger und Bürgerinnen dieses Staates Abstand zu nehmen und somit gleichzeitig auch der ablehnenden Haltung in großen Teilen der Bevölkerung Rechnung zu tragen.

(-/6.4.1987/st/ks)

* * *

